

ANTRAG Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadtrat Alexander Geiger (GRÜNE) Stadtrat Johannes Honné (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 30. März 2010	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	10. Plenarsitzung Gemeinderat 27.04.2010 359 11 öffentlich
Fernwärmekonzept		

1. Die Stadt Karlsruhe setzt sich in ihrer Rolle als Gesellschafterin dafür ein, dass die Stadtwerke schnellstmöglich ein Fernwärmekonzept erarbeiten.
2. Das Konzept hat folgende Fragestellungen zum Inhalt:
 - a) derzeitiges Fernwärmeangebot und Fernwärmekosten
 - b) potentiell verfügbares Fernwärmeangebot ohne RDK 8 und voraussichtliche Kosten
 - c) potentiell verfügbares Fernwärmeangebot aus RDK 8 und voraussichtliche Kosten
 - d) aktuelle Fernwärmenachfrage in den an das Netz angebotenen Stadtteilen
 - e) potentielle Fernwärmenachfrage in den noch nicht angebotenen Stadtteilen
 - f) Investitionskosten für die Anbindung weiterer Stadtteile an das Karlsruher Fernwärmenetz
 - g) Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der verschiedenen Varianten unter Berücksichtigung der in a) bis f) dargestellten Varianten
3. Das Fernwärmekonzept der Stadtwerke wird vom Gemeinderat öffentlich beraten.
4. Bis zur Behandlung des Fernwärmekonzeptes im Gemeinderat wird die endgültige Entscheidung über die Beteiligung der Stadtwerke am EnBW-Kohlekraftwerk RDK 8 ausgesetzt.

Sachverhalt/Begründung:

Bei der geplanten Beteiligung der Stadtwerke am RDK 8 wird mit der besonderen Wirtschaftlichkeit des Fernwärmebezugs aus RDK 8 sowie mit der Effizienzsteigerung des Kohlekraftwerks bei Fernwärmeauskopplung argumentiert.

Dabei ist jedoch unklar, inwieweit der Fernwärmebedarf in Karlsruhe auch aus anderen Fernwärmequellen wirtschaftlich gedeckt werden kann. Sowohl aus Gründen des Klimaschutzes als auch der Luftreinhaltung ist der Nutzung industrieller Abwärme in jedem Fall der Vorzug vor Fernwärme zu geben, die durch Kohleverbrennung erst zusätzlich erzeugt werden muss.

Auch stellt sich die Frage, welche Investitionen die Anbindung weiterer Stadtteile an das Fernwärmenetz erfordert und inwieweit sich die Erweiterung des Netzes wirtschaftlich darstellen lässt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der globalen Erwärmung einerseits und dem Trend zu energetisch optimierten Bauweisen andererseits mittel- bis langfristig mit deutlich sinkenden Abnahmemengen bei der Fernwärme zu rechnen ist. Vor dem Hintergrund der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Situation der Stadtwerke dürfen hier keine Fehlentscheidungen getroffen werden, die das Ergebnis der Stadtwerke zusätzlich und dauerhaft belasten könnten.

Ungeachtet dieser noch offenen Fragen lehnt die GRÜNE-Fraktion eine Beteiligung der Stadt bzw. ihrer Gesellschaften am Kohlekraftwerk RDK 8 entschieden ab. Das Kraftwerk wird zu vermeidbaren CO₂-Belastungen in enormer Höhe führen und gleichzeitig die Karlsruher Luft zusätzlich und unnötig mit Schadstoffen belasten. Dies ist vor dem Hintergrund der bereits heute deutlich überschrittenen EU-Luftreinhalte-Werte in Karlsruhe nicht zu verantworten. Mit dem neuen Kohlekraftwerk in Karlsruhe werden die energiepolitischen Weichen für viele

Jahrzehnte in eine falsche Richtung gestellt. Die Stadt und ihre Gesellschaften sollten sich hiervon unabhängig machen und eine Energiepolitik verfolgen, die im Wesentlichen auf Effizienzsteigerung und die Nutzung regenerativer Energien setzt.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Alexander Geiger

Johannes Honné

Hauptamt - Sitzungsdienste -

16. April 2010